

Zum Führungsproblem der deutschen Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Gründerväter – Bürokraten – Akademiker – so lautet der Titel der Reihe. Unterschwellig suggeriert er damit eine gewisse Abfolge. Eine solche Dreiteiligkeit entspräche dann beinahe auch der zeitgeschichtlichen Epocheneinteilung in den Zeitraum bis 1917/18, die Zwischenkriegszeit und die Jahre nach 1945. In Weimar hätten wir es demnach vor allem mit den Bürokraten zu tun. Es liegt auf der Hand und braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine derartig starre Schematisierung wohl kaum gemeint sein kann. Doch etwas von einer mit der Entwicklung der Gewerkschaften zusammenhängenden Veränderung im Führungspersonal schwingt dabei zumindest mit.

Das Thema lautet: "Zum Führungsproblem der deutschen Gewerkschaften in der Weimarer Republik". Das hat mehrere Gründe. Zwar hat die Forschung über die Gewerkschaften in Weimar in den letzten Jahren beachtenswerte Ergebnisse gezeitigt. Dennoch gibt es noch viele weiße Flecken. Ohne eine umfassende quantitative und qualitative Aufschlüsselung des Bestandes und der Veränderungen des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers lassen sich einigermaßen gesicherte Aussagen kaum machen. Über das bloße Rekrutierungsfeld hinaus ging es in Weimar um ein weit umfassenderes Führungsproblem in einer durch einschneidende politische, soziale und strukturelle Veränderungen geprägten Zeit. In diesen breiteren Themenkomplex fügt sich die Frage nach der Rekrutierung und Veränderung des gewerkschaftlichen Führungspersonals als ein Faktor ein. Wer sich ein wenig mit der Entwicklung der Gewerkschaften in Weimar befaßt hat, kennt die heftigen Konflikte, die zu Beginn der Republik zwischen der bisherigen Führungsschicht und einer erstarkenden Opposition ausgetragen wurden. Sie werfen ein Schlaglicht auf Störungen im Verhältnis von Basis und Führung, die schon im 1. Weltkrieg aufgebrochen waren.

Es war der Gründungsvater Carl Legien selbst, der nach Ausbruch des Krieges lapidar konstatierte: "Wie die Dinge heute liegen, hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf; jetzt haben die Vorstände auf eigene Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es vor ihrem Gewissen verantworten können".¹ Sie bestimmten weitgehend unkontrolliert von der Basis über den Kurs der Gewerkschaftspolitik. Mit der Übernahme staatlich-öffentlicher Aufgaben auf dem Arbeitsmarkt, im sozialen Sektor, der Versorgung und Produktion wurden aus Gewerkschaftsgremien zumindest partiell kriegswirtschaftliche Instanzen. Diese Einbindung in eine Art korporative Verantwortung brachte den Gewerkschaften zwar die Anerkennung durch den Staat und mittelbar auch durch die Unternehmer. Aber sie verschärfte zugleich "die Spannungen zwischen Führung und Mitgliedern und vertiefte die Kluft zwischen Arbeiterfunk-

tionären und Arbeitern, denn die Widersprüche zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und den militärischen Erfordernissen ließen sich immer schwerer überbrücken².

Das Anschwellen der innergewerkschaftlichen Opposition und die Massenstreiks von 1917 und Januar 1918 waren Symptome einer tiefgreifenden Vertrauenskrise zwischen der etablierten Gewerkschaftsbürokratie und protestbereiten Arbeitern besonders aus der Rüstungsindustrie. Aus ihren Reihen erwachsen Sprecher und Organisatoren des Massenprotestes – wie etwa die Revolutionären Obleute und gewerkschaftlich-betriebliche Vertrauensleute, die ihre Legitimation nicht von einer gewerkschaftlichen Zentrale oder einer anderen gewerkschaftlichen Institution herleiteten. Als Obleute, Betriebsdelegierte und Arbeiterräte bildeten sie eine eigenständige neue Organisationsebene der Arbeiterbewegung, die am Arbeitsplatz und im Betrieb verankert war und das von den traditionellen Zentralverbänden bisher kaum erschlossene Feld der Betriebsdemokratie in der Großindustrie besetzte.³

Nach der Novemberrevolution drohten sie den Gewerkschaften sowohl in der Metallindustrie wie im Bergbau und zum Teil auch in der Chemischen Industrie fast den Rang als soziale Gegenmacht gegen die großindustrielle Unternehmerschaft abzulaufen. Ihre führenden Köpfe bildeten so etwas wie eine Gegenelite. Im Bergbau und der Chemie, wo sich starke syndikalistische Tendenzen zeigten, blieb ihnen der innergewerkschaftliche Durchbruch versagt.⁴ Dagegen setzten sie sich in der Metallindustrie in weiten Teilen durch. Dort waren es gewerkschaftlich erfahrene und zumeist bewährte Vertrauensleute, die sich an die Spitze der oppositionellen Bewegung stellten. Unter der tatkräftigen Führung Robert Dißmanns gelang es, deren Kräfte mit den eher rätedemokratischen Gruppierungen zu verbinden und so auf dem Verbandstag von Herbst 1919 die Mehrheit zu gewinnen und die alten Instanzen abzulösen.⁵

Die harten Sträube, die nach dem Krieg zwischen der sogenannten Mehrheit und der Opposition um die Führung der Verbände ausgetragen wurden⁶, waren Ausdruck des Richtungsstreits, der Struktur- und der Führungsprobleme in einem. Gerade diese Vermengung von Sach- und Personalkonflikten bedingte die besondere Schärfe der Auseinandersetzungen. Die Erfolge in diesem Ringen waren auch unter langfristigen Perspektiven von Bedeutung. So gewann der Metallarbeiterverband unter der Führung Dißmanns in dieser Zeit sein spezifisches Profil, dessen prägende Kraft über Weimar hinaus strahlte. Aber auch die Gewerkschaften, in denen sich die bisherigen Führungen behaupteten, gewannen im Zuge dieser revolutionären Umbruchperiode veränderte Konturen.

So wichtig die personellen Neuerungsschübe waren, die sich mit Siegen der Opposition⁷ verknüpften, so bildeten sie doch nur einen Teilaspekt des Führungs- und Rekrutierungsproblems der Gewerkschaften in der Weimarer Zeit. Während die Gründungsväter bis 1914 ganz auf die Welt der Arbeiterbewegung verwiesen waren, öffneten sich im Zuge des Weltkrieges die Tore zu öffentlichen Ämtern und Aufgaben. Dieser Trend setzte sich mit der Revolution verstärkt fort. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen: Gustav Bauer, bis dahin

stellvertretender Vorsitzender der Generalkommission, wurde 1918 Leiter des Reichsarbeitsamtes, 1919 dann Reichsarbeitsminister und schließlich sogar Reichskanzler⁸; Robert Schmidt, seit 1902 Mitglied der Generalkommission, machte seinen Weg vom Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt bis zum mehrmaligen Reichswirtschaftsminister; Johannes Giesberts, Vorstandsmitglied der Christlichen Gewerkschaften, wurde Unterstaatssekretär in Bauers Ministerium, Rudolf Wissell von der Generalkommission war zeitweise Volksbeauftragter und Reichswirtschaftsminister, Alexander Schlicke vom DMV 1919/1920 Reichsarbeitsminister. Auf der Länderebene wären etwa Schlicke und Theodor Leipart in Württemberg als Arbeitsminister, in Preußen Otto Braun, Landwirtschaftsminister, später langjähriger Ministerpräsident⁹, und Adam Stegerwald, Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften, ab 1919 Minister für Volkswohlfahrt, 1921 kurzzeitig Ministerpräsident, zu nennen.

Eine große Zahl von gewerkschaftlichen Funktionären übernahm Ämter und Aufgaben auf kommunaler und regionaler Ebene¹⁰, in der Zentralarbeitsgemeinschaft und ihren Gliederungen, im Eisenwirtschaftsbund, in den Außenhandelsstellen und schließlich seit 1920 noch im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Sie gingen zum Teil völlig in den neuen Positionen auf, entfremdeten sich nicht selten von ihren alten Organisationen (Beispiel Gustav Bauer)¹¹ oder wurden zumindest durch ihre Zweittätigkeit erheblich in ihrer Arbeitskraft absorbiert. Gerade in einer für die Gewerkschaften kritischen Umbruchphase fiel so ein Teil der alten Führungselite aus und überließ seine Arbeit der zweiten Garnitur, zumeist eher Männern des Apparates. Während die Freien Gewerkschaften dieser Ausblutung ihrer Führungsgarnitur einen Riegel vorschoben¹², setzte sie sich bei den Christlichen Gewerkschaften in Weimar fort.

Unter der Fülle der Aufgaben, die sich vor den Gewerkschaften auftürmten, erforderte allein schon die organisatorische Bewältigung des Mitgliederzustroms beinahe ihre ganze Kraft. Gegenüber dem Tiefstand in der Mitte des Krieges stiegen die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften auf über das Achtfache. Allein zwischen Herbst 1918 und Sommer 1920 schnellten sie von 1,5 auf über 8,5 Millionen hoch. Davon gehörten beinahe 8 Millionen zum ADGB, etwa 600.000 zu dem neuen Allgemeinen Freien Angestelltenbund.¹³ Die Christliche Gewerkschaftsbewegung insgesamt wuchs auf 2 Millionen an, davon 1,1 Millionen in ihren Arbeiterverbänden, die Hirsch-Dunckerschen insgesamt auf 500.000, darunter etwa zwei Fünftel Arbeiter. Hinzu kamen noch über 600.000 organisierte Arbeiter in verschiedenen anderen Verbänden.¹⁴

Der Frauenanteil in den Freien Gewerkschaften, der 1913 bei 9% lag, stieg in den Jahren 1919–23 im ADGB auf 20%, um danach wieder auf etwa 14% abzusinken.¹⁵ Ähnlich sah die Tendenz bei anderen Bündeln und Verbänden aus. Aber bei der Besetzung von Ämtern und Positionen kamen die Frauen kaum zum Zuge. Selbst in Gewerkschaften, in denen sie zahlenmäßig dominierten, wurden zu Verbandstagen und Kongressen fast ausschließlich Männer delegiert. Auf den allgemeinen Gewerkschaftskongressen stellten die Frauen gerade 1% der Delegierten, unter den über 10.000 Beisitzern bei Arbeitsgerichten weniger als 2%.¹⁶ Gertrud Hanna¹⁷, die Renommierfrau in den Ge-

werkschaften, stand als Leiterin des Arbeiterinnensekretariats weitgehend allein auf weiter Flur. Gewerkschaftssache blieb auch in der Weimarer Republik weitgehend Männersache.

Allein die Ausfertigung von Millionen von Mitgliedsbüchern und der Aus- und Aufbau neuer Zahlstellen erforderten eine ungeheure Arbeitskraft. Besonders betroffen waren die Regionen, Branchen und Berufsgruppen, in denen die Gewerkschaften früher nicht hatten reüssieren können: Landarbeiter, Staatsarbeiter und Angestellte, Staatsbergbau, Schwer- und Großindustrie. Die Last dieser Organisationsarbeit lag auf den Schultern der Funktionärsgarde des zweiten und dritten Gliedes. Sie wurden zur Verkörperung des "Gewerkschaftsbeamten", den die Kritiker von links und rechts als Bürokraten und Bonzen zu verunglimpfen pflegten.¹⁸ Doch dieser Typus war nicht erst eine Erscheinungsform der Weimarer Zeit, sondern er kündigte sich schon mit dem Ausbau und der Verfestigung der Gewerkschaften als Massenorganisation in der Vorkriegszeit an.

Noch bis zur Jahrhundertwende existierte nur ein minimaler gewerkschaftlicher Verwaltungsapparat. Die Zahl der besoldeten Funktionäre lag 1898 bei den Freien Gewerkschaften mit damals etwa 500.000 Mitgliedern noch unter hundert.¹⁹ Es war der engere Kreis der Gründungsväter, die nun als besoldete Vorsitzende die Geschicke der Verbände und der Generalkommission lenkten. Auf diese Funktionärselite im engeren Sinne konzentrieren sich die wenigen Untersuchungen, die bisher über gewerkschaftliche Führungsgruppen vorliegen. Nur konzentriert sich das Interesse fast ausschließlich auf die Zeit nach 1945 bis zur Gegenwart. Für die frühere Periode steht Ulrich Borsdorfs historisch-analytischer Beitrag über Karrieren von "Gewerkschaftsführern" in ihrem sozialen und politischen Umfeld weitgehend allein.²⁰ Es liegt auch an diesen Forschungsdefiziten, daß die Thesen von Robert Michels über "Verselbständigung" der Funktionäre und die Erstarrung in bürokratischen und oligarchischen Strukturen²¹ oft ungeprüft weiterverwandelt werden.

Zukünftige Untersuchungen zum Rekrutierungs- und Führungsproblem sollten sich nicht auf die engere Funktionselite beschränken. Das gilt insbesondere für historische Längsschnittanalysen. Denn im Laufe ihrer Geschichte wandelten sich nicht nur die Funktionen der Gewerkschaften, sondern sie veränderten auch in erheblichem Maße ihre Binnenstruktur. Erst nach der Jahrhundertwende wurde überhaupt ein hauptamtlicher Verwaltungsapparat aufgebaut. Bis 1913/14 stieg die Zahl der angestellten Funktionäre rapide an. Allein bei den Freien wuchs sie von gerade über 100 im Jahr 1898 auf über 2.500 am Vorabend des 1. Weltkrieges, so daß bei nun 2,5 Millionen Mitgliedern ein besoldeter Gewerkschaftsangestellter auf etwa 1.000 Mitglieder entfiel.²² Diese Personalaufstockung war das Ergebnis des sich rasch verdichtenden Netzes der lokalen und regionalen Verwaltungsstellen der Verbände, in denen mehr als zwei Drittel dieser Gewerkschaftsangestellten tätig waren. Neben den engeren gewerkschaftlichen Aufgaben (Mitgliederverwaltung, Unterstützung, Werbung) oblag ihnen noch eine Vielzahl anderer Funktionen im Bereich der Sozial- und Krankenversicherung, des Arbeitsrechts und der Tarifpolitik.

Durch den Krieg weiteten sich die Tätigkeitsfelder noch aus, angefangen von Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Ernährungsproblemen bis hin zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene. Zwar wurde auch der hauptamtliche Funktionärskörper in den ersten Kriegsjahren verschiedentlich durch Einberufungen geschwächt. Doch mit der Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Einrichtungen im Zuge des Hilfsgesetzes von 1916 fand das ein Ende.²³ Im Unterschied zu den schweren Mitgliederverlusten blieb so der hauptamtliche Apparat im Krieg weitgehend intakt und wurde offenkundig nach 1916 sogar weiter ausgebaut.²⁴

Nach der revolutionären Umwälzung vom November 1918 machte allein schon der Massenzustrom an Neumitgliedern die Ausweitung des Funktionärskörpers zu einer dringenden Notwendigkeit, um wenigstens die dringlichste Betreuung der Mitgliedschaft zu gewährleisten. So wuchs beim Metallarbeiterverband in der Tat die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre 1919 gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr (1913) auf beinahe das Doppelte, von 647 auf 1241 an. Dennoch verschlechterte sich die Relation von besoldeten Angestellten und Mitgliedern drastisch (von 1 zu 842 auf 1 zu 1293) und verbesserte sich auch in den Jahren 1920-1922 durch eine geringfügige Aufstockung bei konstanten Mitgliederzahlen nur leicht auf 1 zu 1100.²⁵

Bei anderen Verbänden sahen die Verhältnisse noch wesentlich ungünstiger aus. Denn die rasche Personalausweitung beim DMV war auf ihre Art ein Sonderfall. Sie war - neben der Leistungskraft des Verbandes - dadurch bedingt, daß die 1919 siegreiche Opposition personell mit zum Zuge kam, eine Dezentralisierung erfolgte und die Ortsverwaltungen selbst Funktionäre anstellen konnten. Der am stärksten gewachsene Landarbeiterverband konnte dagegen erst in den 20er Jahren überhaupt daran gehen, einen hauptamtlichen Apparat aufzubauen, nachdem ihm der ADGB finanziell unter die Arme griff. Auf Ganze gesehen befanden sich die Gewerkschaften Anfang der 20er Jahre erst auf dem Weg zu einer Konsolidierung des Funktionärskörpers, als die finanzielle Ausblutung in der schweren Inflationskrise sie zu einem Personalabbau zwang.²⁶ Der Mitgliederschwund fiel allerdings noch gravierender aus: bei den Arbeitergewerkschaften sanken die Zahlen gegenüber dem Nachkriegshöchststand auf weniger, bei den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen auf fast die Hälfte.

Erst ab Mitte der 20er Jahre zeichnete sich eine grundlegende quantitative Verbesserung des gewerkschaftlichen Dienstleistungs- und Betreuungssystems ab. Die Mitgliederziffern pendelten sich beim ADGB zwischen 4 bis 5 Millionen, bei den Christlichen um 600.000 bis 650.000, den Hirsch-Dunckerschen um 160.000, bei allen Angestelltenbünden zusammen um 1 bis 1,3 Millionen ein. Gleichzeitig aber erfolgte eine spürbare Ausweitung des personellen Apparates. Besonders ausgeprägt zeigte sie sich bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Ihr um die Jahreswende 1929/30 konstituierter Gesamtverband zog mit über 1000 Angestellten mit dem DMV gleich. Am Ende des Jahres 1929 waren beim ADGB und seinen Einzelgewerkschaften 6185 Funktionäre und Hilfskräfte angestellt, 1930 schon 6.651, die statistisch gesehen im

Schnitt 760 Mitglieder zu betreuen hatten.²⁷ Dazu kamen noch 329 bzw. 336 in den Ortsausschüssen und Arbeitersekretariaten des ADGB tätige Angestellte.

Nur 43 waren davon direkt im Bundesvorstand des ADGB tätig, darunter 13 Schreibkräfte und technisches Personal. Dem 15köpfigen Vorstand gehörten 8 nebenamtliche Beisitzer und 7 hauptamtliche Mitglieder – Vorsitzender, 2 Stellvertreter, Kassierer, Redakteur, 2 Sekretäre – an, die gewissermaßen den geschäftsführenden Bundesvorstand bildeten. In der Zusammensetzung zeigte sich eine ausgeprägte personelle Kontinuität zur früheren Generalkommission.²⁸ Unterbrochen wurde sie fast nur durch Tod, Krankheit, altersbedingtes Ausscheiden oder Übernahme anderer Posten. Nach Legiens Tod (26.12.1920) wurde sein nur 6 Jahre jüngerer alter Kampfgefährte Theodor Leipart zum ADGB-Vorsitzenden berufen. Von den beiden Stellvertretern amtierte Peter Graßmann bis 1931. Auf die seit 1902 von Adolf Cohen besetzte Stelle folgte nach dessen Wechsel zum Reichswirtschaftsrat 1924 der langjährige Leiter des Zentralarbeitersekretariats Hermann Müller-Lichtenberg. Nur bei einer Sekretärsstelle kam es zu stärkeren personellen Veränderungen: Rudolf Wissell kehrte 1921, nachdem Heinrich Löffler ins Direktorium des Reichskohlenrats eintrat, auf den schon kurzzeitig vor seiner Volksbeauftragtenzeit innegehabten Posten zurück. Nach seinem Rücktritt im Dezember 1923 blieb das Amt zunächst vakant, bis es im Juli 1924 mit Wilhelm Eggert besetzt wurde.

Die Konstanz in den Führungspositionen war nicht allein unter dem Gesichtspunkt einer Überalterung problematisch. Im Konflikt mit der Opposition betrachtete die herrschende Mehrheit den Bundesvorstand als ihre Domäne. Das schuf zwar eine politische Homogenität, förderte zugleich aber Aversionen in der Opposition. Hinzu kam, daß im Vorstand Gewerkschafter aus vorindustriellen Berufen und handwerklich geprägten Verbänden (besonders der Holzverarbeitung) dominierten und die schwächeren Einzelgewerkschaften auf die Ausgleichs- und Hilfsfunktion des Bundes setzten. Das führte zu einer wachsenden Diskrepanz mit dem gesteigerten Gewicht der großen Industrieverbände, insbesondere des Metallarbeiterverbandes, die sich zu "Herzogtümern" verfestigten.

Erstmals kam es 1928 bei den Beisitzern zu stärkeren Veränderungen. Nur drei behielten ihr Amt, fünf neue kamen hinzu, darunter mit Reichel ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes. Eine wirkliche Verjüngung – drei davon waren über, zwei knapp unter fünfzig Jahre – brachte das nicht. Ab 1931 vollzog sich dann bei den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern eine Wachablösung. Eggert, ein früherer Metalller, rückte zum stellvertretenden Vorsitzenden auf. Seinen Platz als Sekretär erhielt der bisher schon in der Bundesverwaltung tätige Franz Spliedt, den anderen frei werdenden Leiparts persönlicher Sekretär Hermann Schlimme. Auch auf den verstorbenen langjährigen Kassierer Kube²⁹ folgte mit Ernst Schulze ein Mann aus dem Apparat des Vorstandes. Nachgerückt waren zumeist "Gewerkschaftsbeamte" um die fünfzig, so daß von einer wirklichen Blutauffrischung kaum die Rede sein konnte. Erst bei der Neubesetzung des Redakteurpostens nach dem Tode von Paul Umbreit kam im Januar 1933 mit Wilhelm Leuschner eine Kraft zum Zuge, die eine neue Ge-

neration verkörperte; Leuschner hatte sich als Bezirkssekretär von Hessen und vor allem als hessischer Innenminister profiliert.³⁰

Was hier am Einzelfall des Bundesvorstandes demonstriert wurde, galt ähnlich für die Vorstände vieler Einzelgewerkschaften. Nur dort, wo die Opposition nach 1918 die Mehrheit eroberte, kam es zu einem personellen Neuerungs-schub bei den hauptamtlichen Spitzenfunktionären. Das hervorstechendste Beispiel bietet der Metallarbeiterverband, wo mit Dißmann ein ehemaliger Gewerkschafts- und Parteisekretär (der USPD) an die Spitze gelangte und mit Richard Müller ein Vertreter der Revolutionären Obleute und Verfechter des Rätessystems die Leitung des Verbandsorgans erhielt.³¹ Im Regelfall aber blieben die Gründungsväter solange im Amt, bis sie altersbedingt ausschieden oder ihren Stuhl räumten, weil sie andere Aufgaben übernahmen.

Beim AfA-Bund, der sich erst in der Umbruchperiode ausformte und konstituierte, gehörten schon die Gründerväter einer anderen Generation an. Unter dem Vorsitz von Siegfried Aufhäuser, der als Mittdreißiger den Bund auf den Weg brachte, kamen auch die Jungen zum Zuge. So trat etwa Bernhard Göring als 25jähriger 1922 seine Stelle als Sekretär beim Vorstand an.³² Die Vorstellungen der Führungskräfte beim AfA-Bund waren entscheidend durch die Weltkriegs- und Revolutionszeit geprägt. Sie vertraten im Vergleich zur Spitze des ADGB eine eher linkere, kämpferische Position bis an das Ende der Republik.³³

Bei den Christlichen Gewerkschaften dominierten wie beim ADGB eindeutig die Vertreter aus handwerklichen Berufen, zumeist der Holzverarbeitung. Schon in jungen Jahren waren sie beim Aufbau ihrer Organisationen in die Führungspositionen gelangt. Das hohe Maß an Fluktuation in der Weimarer Zeit hatte spezifische Gründe. Neben organisatorischen Querelen und Umstrukturierungen waren es vor allem divergierende politische Auffassungen, persönliche Reibereien und die sehr weitreichende Einbindung von Führungspersönlichkeiten in Politik und Verwaltung. Sie bündelten sich gewissermaßen in der Person und Rolle Adam Stegerwalds, in Personalunion Vorsitzender des christlich-nationalen DGB und des Gesamtverbandes seiner Arbeitergewerkschaften. Auf ihn, den Gewerkschafter und Politiker, folgte 1929 in dem ersten Amt der Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch, in dem zweiten Bernhard Otte vom christlichen Textilarbeiterverband. Das war ein Zeichen für eine Rückbesinnung auf traditionelle gewerkschaftliche Aufgaben und ein Votum gegen ein zu weitreichendes politisches Engagement.³⁴

Ganz unspektakulär vollzogen sich dagegen auch bei den Freien Gewerkschaften unterhalb der Spitzenebene einschneidende Veränderungen. Vor allem in den Großverbänden gewannen die Bezirksorganisationen an Gewicht. Das lag zum einen an den enorm gestiegenen Mitglieberscharen, die einen Ausbau dieses Mittelbaues erforderten, der sich vor allem um Agitation und die Betreuung der lokalen Verwaltungsstellen zu kümmern hatte. Noch wichtiger aber war, daß sich im Tarifsektor der Trend eindeutig zu Bezirkstarifverträgen hin bewegte. Firmen- und Ortstarife spielten in Weimar nurmehr eine Nebenrolle

(von fast 50% 1913 auf weniger als 10% 1927), und Reichstarife wurden nur in einigen Sonderbereichen (Eisenbahner, Kleinverbände) vereinbart. Bei über 3/4 handelte es sich um Bezirkstarifverträge.³⁵ Auf diesem ureigenen gewerkschaftlichen Gebiet lag das Feld, auf dem sich der Mittelbau bewähren konnte. Insgesamt waren um 1930 in den Gau- und Bezirksstellen der Verbände rund 1.200 besoldete Funktionäre und Hilfskräfte tätig.

Für die besonders profilierten Bezirksstellenleiter eröffnete sich in Weimar ein weiteres Betätigungsfeld in der neugeschaffenen Mittelinstanz des Bundes. Vorläufer waren die nach dem Krieg installierten Landeskommissionen für Baden, Bayern, Sachsen, Schlesien und Württemberg sowie ein Bezirkssekretariat für Rheinland und Westfalen. Nach einer Satzungsänderung 1922 wurde eine durchgängige Bezirksorganisation aufgebaut (zunächst 14, dann 12 Bezirke).³⁷ Der Versuch der Christlichen Gewerkschaften, ihrerseits das System der Bezirksgeschäftsstellen auszubauen, blieb dagegen weitgehend stecken. Er scheiterte vornehmlich an dem hinhaltenden Widerstand mächtiger Einzelverbände.³⁸

Die zentrale Rolle spielten in den ADGB-Bezirken die beim Bundesvorstand angestellten, hauptamtlichen Bezirkssekretäre. Die besondere Situation in den Randgebieten des Reiches – Schlesien, das besetzte Rheinland, das 1923 umkämpfte Ruhrgebiet – bürdete den dortigen Bezirksleitern eine besondere Verantwortung auf und verlieh ihnen zugleich eine eigenständigere Position. Sie wurden bevorzugt zu den Sitzungen des Bundesausschusses des ADGB geladen und errangen im Einzelfall, wie der Bezirksleiter von Rheinland-Westfalen, Heinrich Meyer, eine fast den Verbandsvorsitzenden ebenbürtige Position.³⁹ In den Bezirken kamen im ADGB die Industrieverbände kraft ihres Potentials stärker zum Zuge. Die traditionelle Dominanz handwerklich berufsorientierter Verbände im Bund wurde auf dieser Ebene durchbrochen. Damit eröffneten sich auch für kraftvolle Gewerkschafter aus dem Industriebereich vermehrt Chancen, sich gesamtgewerkschaftlich zu profilieren. So folgte 1927 an der Spitze des ADGB-Bezirks Rheinland-Westfalen auf den früheren Bezirksleiter des Holzarbeiterverbandes Meyer ein Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes.⁴⁰ Hans Böckler, der dann erster DGB-Vorsitzender wurde, war auf seine Art ein Sonderfall. Aber er stand nicht allein. Die langfristigen Auswirkungen für Rekrutierung und Auslese des Führungspotentials des Gewerkschaftsbundes wären noch genauer zu untersuchen.

Auch auf der Ebene der Ortsverwaltungen und Ortsausschüsse, die zumeist erst nach 1900 eingerichtet worden waren⁴¹, vollzogen sich erhebliche Veränderungen. Die sich noch während des Krieges ankündigende Diskrepanz zwischen den verselbständigten "Instanzen" und der betrieblichen Basis führte in der Aufbruchstimmung der Revolutionszeit zu teilweise heftigen Konflikten. Auf der einen Seite stand der überkommene Zentralismus, bei dem Verbandsangestellte auf der lokalen Ebene in erster Linie als Organ der Zentrale fungierten, auf der anderen Seite ein starkes Verlangen der betrieblichen und lokalen Basis nach Selbstbestimmung ihrer Angelegenheiten. Es schlug sich in einer ganzen Reihe von Fällen in der Abwahl und Absetzung mißliebig gewordener

Verbandsfunktionäre und der Einsetzung bisheriger Oppositionelle nieder.⁴² Gesamtgewerkschaftlich brachte das eine Stärkung des personellen Gewichts des Metallarbeiterverbandes und der Groß- und Schwerindustrie, in denen die Opposition jeweils über die stärksten Bataillone verfügte. Zum Zuge kamen dabei vorrangig jüngere Kräfte, die sich durch Protest- und Streikaktionen hervorgetan hatten und ihre eigentliche Basis in den großen Betrieben hatten.

Es spricht einiges dafür, daß sich der Zug zu einer Rekrutierung von Nachwuchskräften über die betriebliche Profilierung unter anderen Vorzeichen in Weimar fortsetzte. In dem 1920 legalisierten Betriebsrätesystem, das sich in der Praxis freilich nur in den Groß- und größeren Mittelbetrieben wirklich längerfristig durchsetzte⁴³, eröffnete sich ein breitenwirksames Instrument. Der Versuch zu einer personellen Verflechtung von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten⁴⁴, wie die Schulungs- und Integrationsbemühungen der Gewerkschaften, weisen auf diese neue Dimension hin. Durch Informationsmaterialien, Kurse und Erfahrungsaustausch suchte man den Betriebsräten das Rüstzeug für ihre Arbeit zu liefern und zugleich Einfluß auf sie zu gewinnen.

Neben der Breiteninformation entwickelten sich Ansätze einer systematischeren Auslese und Schulung des Funktionärsnachwuchses. Die untere Stufe bildeten Vorträge, Kurse und sonstige Informationsveranstaltungen vor Ort, teils in eigener Regie, teils in Kooperation mit Volkshochschulen und anderen kommunalen Einrichtungen.⁴⁵ Eine intensivere Schulung erfolgversprechender Nachwuchskräfte ermöglichten einige vom Staat mitgetragene Bildungsstätten, wie die Heimvolkshochschule in Tinz/Thüringen, die 1921 unter der Patenschaft Hugo Sinzheimers gegründete Akademie der Arbeit in Frankfurt/M. und die 1922 eingerichteten Wirtschafts- und Verwaltungsfachschulen in Düsseldorf und Berlin.⁴⁶ Die letztgenannte absolvierte z.B. Hermann Schlimme, zuvor Bezirksleiter des Transportarbeiterverbandes, anschließend persönlicher Sekretär Theodor Leiparts.⁴⁷ Das quantitativ beschränkte Angebot – in vier Jahren insgesamt nur 575 Mitglieder der Freien Gewerkschaften⁴⁸ – vermochte das Bedürfnis der Gewerkschaften nach Heranbildung eines qualifizierten Funktionärsnachwuchses nicht zu decken. So ging der Trend seit Mitte der 20er Jahre verstärkt zu gewerkschaftseigenen Schulungsstätten, wie sie der Metallarbeiter-, Fabrikarbeiter-, Bauarbeiter- und Eisenbahnerverband unterhielten.⁴⁹ Den Abschluß und Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die am 4. Mai 1930 eingeweihte Bundesschule des ADGB in Bernau.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die Früchte dieser Anstrengungen in Weimar kaum mehr geerntet werden konnten. Trotz aller Anstrengungen zur qualitativen und quantitativen Kräftigung ihres Führungspersonals waren die personellen Ressourcen der Gewerkschaften im Vergleich zu den Arbeitgebern, die neben ihren Verbandsangestellten auf das Reservoir ihrer Unternehmen und der Industrie- und Handelskammern zurückgreifen konnten, eher schwach. Die Unterstützung durch früher wohlgesinnte bürgerliche Sozialpolitiker hatten sie nach dem Kapp-Putsch vielfach verloren.⁵⁰ Gleichzeitig aber stieg mit der wachsenden Fülle und Komplexität gewerkschaftlicher Auf-

gaben, den Innovationen in Technik und Arbeitsabläufen (Fließband und Taylor) und den volkswirtschaftlichen Verteilungsproblemen das Bedürfnis nach wissenschaftlicher Beratung und Hilfe. Die wenigen intellektuellen Mitarbeiter im Dienst des ADGB wie Lothar Erdmann, Hans Arons, Bruno Broecker, Franz Josef Furtwängler und der Leiter der statistischen Abteilung Wladimir Woytinsky⁵¹ konnten das allein nicht leisten, so sehr sich auch der letztere durch qualifizierte, fundierte volks- und betriebswirtschaftliche Analysen auszeichnete.

Die 1925/26 durch ADGB, SPD und Konsumvereine vollzogene Gründung der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, an deren Spitze Fritz Naphtali stand, war ein Symptom für die wachsende Bedeutung der Wissenschaft gerade auf diesem Feld. Daneben konnten die Gewerkschaften partiell noch auf Fachkräfte bei der von ihnen selbst geschaffenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbank zurückgreifen. Die vielleicht wertvollste Unterstützung erhielten sie durch das junge Institut für Konjunkturforschung, das vom Chef des Statistischen Reichsamtes, Ernst Wagemann, geleitet wurde.⁵²

Der Einfluß, der von diesen Anfängen eines intellektuellen Braintrusts ausging, läßt sich nur schwer ermessen. Bei der Ausformung der Kaufkrafttheorie, in den Auseinandersetzungen über die Lohnkosten, die steuerlichen Belastungen und die Einkommensverteilung boten sie wertvolle Argumentationshilfen. Bei der Ausgestaltung des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte der 20er Jahre spielten Akademiker und Intellektuelle (Naphtali, Baade, Hilferding, Nölting, Sinzheimer) eine maßgebliche Rolle. Bei dem sogenannten WTB-Plan war die Handschrift von Baade und Woytinsky deutlich zu spüren, zu denen sich als Dritter im Bunde mit Fritz Tarnow ein profiliertes, auch theoretisch versierter Gewerkschaftsführer⁵³ zugesellte. So eröffnete sich über die volkswirtschaftlichen Problemfelder sicherlich ein Einfallstor für die Macht von Experten. Doch in Weimar hielt sie sich insgesamt doch in einem sehr bescheidenen Rahmen.

Die gestandenen gewerkschaftlichen Führungskräfte dokumentierten gerade in diesen unruhigen Jahren, daß sie nicht nur Pragmatiker waren, die ganz in der Alltagsarbeit aufgingen. Die programmatische Neuorientierung in der revolutionären Umbruchperiode war ihr Werk.⁵⁴ So bewiesen gerade diese Praktiker der Arbeiterbewegung eine eindrucksvolle Fähigkeit zur Ausformung gesellschaftlicher Perspektiven unter den Bedingungen einer politisch wie sozial bewegten Zeit. Auch die Ausformung des Industrieverbandsystems, die 1925/28 propagierte Wirtschaftsdemokratie, die Forderung nach Monopolkontrolle und der WTB-Plan zeugten durchaus für die Kreativität von Gewerkschaftsführern wie Leipart, Dißmann, Jäckel und Tarnow. Die fortschreitende Reduzierung der Zielsetzungen war weniger ein Indiz für Bürokratismus und mangelnde Phantasie, sondern hatte vorrangig mit den harten wirtschaftlich-sozialen und politischen Realitäten der Weimarer Republik zu tun.

Für die Gewerkschaften ging es in der Revolution um weit mehr als die Behauptung bzw. Ablösung des bisherigen Führungspersonals. In den Betriebsrä-

ten erwuchs ihnen eine Konkurrenz, die ihnen zumindest zeitweise in der Metallindustrie und im Bergbau den Rang abzulaufen drohte.⁵⁵ Indem sich die Gewerkschaften nicht nur auf Abwehr versteiften, sondern sich mit diesem betrieblichen Vertretungssystem versöhnten, gewannen sie erst Zugang zu der bisher weitgehend versperrten Groß- und Schwerindustrie. Über die Betriebsräte erschlossen sich personelle Ressourcen und Einflußpotentiale, die die Modernisierung der deutschen Gewerkschaften voranbrachten. Gegenüber der früher dominierenden berufsorientierten Ausrichtung gewann nun die betriebliche Perspektive zusehends an Einfluß und Gewicht. Ein Großteil der ehrenamtlich tätigen Gewerkschaftsfunktionäre sammelte jetzt als Betriebsrat seine Erfahrungen⁵⁶ und betrat von da bei entsprechender Qualifikation und Durchsetzungskraft die Trittleiter zu einer gewerkschaftlichen Karriere. War im 19. Jahrhundert der wandernde Handwerksgehilfe gewissermaßen der Idealtypus des gewerkschaftlichen Agitators, Anregers und Gründers und das handwerklich-kleinbetriebliche Umfeld das gewerkschaftliche Milieu, so markierte Weimar die Zeit des Umbruchs. Für die Schwer- und Großindustrie, in der nicht die Berufs-, sondern die Arbeitsstätte das Dominierende war, stand die Profilierung als betrieblicher Widerpart des Arbeitsgebers und der Einsatz für die Belange der Betriebskollegen obenan.

Die notwendigen strukturellen Konsequenzen kamen jedoch in Weimar nur unzulänglich zum Tragen, nicht zuletzt weil das 1918-1919 gewonnene Terrain in der Eisen- und Stahlindustrie und im Bergbau wieder weitgehend verloren ging.⁵⁷ Damit büßte zugleich das Industrieverbandsprinzip an Überzeugungskraft ein, für dessen durchgängige Realisierung sich die Freien Gewerkschaften auf ihrem Kongreß von 1922 ausgesprochen hatten und hinter dem vor allem die Großverbände und die Gewerkschaftsopposition unter Führung Robert Dißmanns standen.⁵⁸ Sein Hauptwiderpart war der zwei Jahre jüngere Fritz Tarnow, Nachfolger Leiparts im Vorsitz des Holzarbeiterverbandes. Als geschickter Anwalt der Kaufkrafttheorie, Verfechter der Wirtschaftsdemokratie und Promoter aktiver Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik zeigte er Profil und Format.

Die Kategorisierung von den "Gewerkschaftsbeamten" der zweiten Generation, die auf die dynamischen Gründungsväter folgten, greift zu kurz. Ihre Perspektive ist die der exceptionellen frühen Bewegungs- und Formierungsphase, nicht die der Normalität einer entfalteten und gefestigten gewerkschaftlichen Massenorganisation. Tarnows Rolle im ADGB und Dißmanns Wirken als Vorsitzender des DMV und als Gegenspieler der Mehrheitsrichtung im ADGB erinnern uns daran, daß die Rolle von Persönlichkeiten für den Kurs der Gewerkschaften nicht übersehen werden darf. Das spezifische Profil des DMV in der Weimarer Republik und selbst der IG Metall nach 1945 ist untrennbar mit der Person Dißmanns verknüpft. Er war Symbolfigur der klassenkämpferischen, die Sozialpartnerschaft verwerfenden Stimmung, die in der Umbruchperiode unter den Metallarbeitern herrschte, und er leitete sie als überzeugter Gewerkschafter zugleich in Bahnen, die Bewährtes mit den Strömungen der Zeit verknüpfte. Die Nagelprobe am Ende der Republik blieb ihm erspart.⁵⁹

Bei den Christlichen Gewerkschaften floß in die Kontroversen zwischen den fast gleichaltrigen Stegerwald und Imbusch neben den divergierenden Auffassungen in der Sache auch sehr viel Persönliches ein. Stegerwald mit seinem politischen Ehrgeiz, seinen ständestaatlichen Vorstellungen und seinem nationalistischen Vokabular weckte gerade bei gestandenen christlichen Arbeitergewerkschaftern Aversionen.⁶⁰

Was August Bebel für die deutsche Sozialdemokratie war, das war für die Freien Gewerkschaften Carl Legien.⁶¹ Aber dieser tatkräftige und energische Mann spielte in der revolutionären Umbruchsituation eine wenig überzeugende Rolle. Sein Drängen während des Krieges, Karl Liebknecht und den Minderheitenflügel aus der Partei auszuschließen, seine Überreaktion bei der Berufung Gustav Bauers zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes bis zu der Starrheit, mit der er auf dem Abschluß der ZAG auch noch nach der Novemberrevolution bestand, wies ihn als einen Mann aus, der Ordnung, Disziplin und eingefahrenes gewerkschaftliches Handeln unbeirrt von den Zeitströmungen konsequent weiter verfolgte. Er geriet damit im Frühjahr 1919 selbst innergewerkschaftlich ins Abseits und zeigte Anzeichen der Resignation.⁶² Für die notwendige Anpassung der Gewerkschaften an den Geist der Zeit, das Drängen von Arbeitern nach Partizipation in Betrieb, Politik und Organisation war er nicht der geeignete Mann. Seine Stunde schlug erst wieder, als während des Kapp-Putsches entschlossenes, tatkräftiges Handeln gefragt war. Sein angeschlagenes Prestige konnte er in diesem Moment wieder herstellen, aber er hinterließ durch seine schroffe Kompromißlosigkeit tiefe Wunden bei Sozialdemokraten und bürgerlichen Politikern der Mitte.⁶³ In dem Unbehagen über die gewerkschaftliche Machtanmaßung und Nebenregierung wirkten sie lange nach.

Von ganz anderer Art war sein Freund und langjähriger Weggefährte Theodor Leipart, der 1921 seine Nachfolge als ADGB-Vorsitzender antrat.⁶⁴ Leiparts Gespür für Strömungen der Zeit und seine Bereitschaft, ihnen entgegenzukommen, sie aufzufangen und zu nutzen, erwies sich in der revolutionären Umbruchsituation von Vorteil. Er stand an der Spitze derjenigen, die eine programmatische Neuerung der Freien Gewerkschaften auf den Weg brachten und die Basis für den Einbau der Betriebsräte in das gewerkschaftliche Vertretungssystem legten.⁶⁵ Auch gegenüber der Opposition setzte er eher auf einen integrativen Kurs. Aber diese Elastizität, die 1918/19 angebracht, notwendig und sinnvoll war, legte er auch später in Situationen an den Tag, wo sein Verhalten sicherlich zumindestens strittig ist. Die Anpassung an die nationale Tonart in den 30er Jahren war nicht zu übersehen, auch wenn er nicht ganz so weit ging wie die Heißsporne in seiner unmittelbaren Umgebung. Unter Leiparts Führung ging der Weg bis zu der Kapitulation auf Raten unter den autoritären Präsidialkabinetten und schließlich unter dem Regime Hitlers bis hin zur Beteiligung an den von der Regierung durchgeführten Maikundgebungen 1933. Der gleiche Leipart stellte sich dann nach dem Ende des NS-Diktatur nicht nur hinter den sog. Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der damaligen SBZ, sondern auch hinter die SED.⁶⁶

Am Fall Legien–Leipart läßt sich ablesen, daß bei den Führungskräften in Weimar je nach Lage und Situation unterschiedliche, ja fast gegensätzliche Qualitäten und Talente gefordert waren. Nur wäre es zu einfach, jeweils danach auch Verdienst und Schuld zu bemessen. Denn die Führung thronte nicht losgelöst von den Massen. Zwischen ihr und der Basis bestand vielmehr eine Wechselbeziehung und diese war wiederum eingebettet in das gesamte soziale und politische Klima der Zeit. Die Aufbruchstimmung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als sich übersteigerte Erwartungen der Basis und ein Aktivismus der Führung hochschaukelten, kam beim Generalstreik gegen den Kapp–Putsch noch voll zum Tragen. Führung und Massen schienen zunächst eins, aber schon im Gefolge dieses Geschehens erhielt das Macht– und Sendungsbewußtsein der Gewerkschaften einen ersten Schlag. Der blutige Ruhrkrieg, der Ausgang der Reichstagswahlen 1920 und die Attacken gegen die gewerkschaftliche Machtanmaßung hinterließen ihre Spuren.⁶⁷ Zwar lebte an der Basis der Mythos des politischen Generalstreiks weiter, bei den in der Verantwortung stehenden Gewerkschaften machte sich dagegen eher Skepsis breit.

Den entscheidenden Stoß erhielten die Gewerkschaften in der großen Krise von 1923. "Jeder von uns weiß", so analysierte Fritz Tarnow die Bewußtseinslage, "daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas zerbrochen ist"⁶⁸. Von diesen schweren Substanzverlusten hat sie sich auch in den wenigen Jahren der Scheinnormalität nicht wirklich erholt.⁶⁹ Diese brachten zwar den in Arbeit Stehenden steigende Einkommen, der alte Glaube an die unwiderstehliche Macht und Kraft der sozialistischen Bewegung kehrte jedoch nicht zurück, weder bei der Führung noch bei der Basis. Der Versuch, mit der Wirtschaftsdemokratie wieder vorwärtsweisende Ziele aufzuzeigen und Mitglieder und Sympathisanten zu motivieren, schlug nicht an. Mit der anbrechenden Wirtschaftskrise und der Auflösung der demokratischen Republik zerbrachen die Fundamente, auf denen sie baute.

Aus autonomie– und sendungsbewußten Massenorganisationen, die sich für eine demokratisch–soziale Republik engagierten, wandelten sich die Gewerkschaften in den 20er Jahren zu primär lohn– und sozialpolitischen Interessenverbänden. Mit der seit 1923 fest etablierten staatlichen Zwangsschlichtung und verbindlichen Schiedssprüchen⁷⁰ verlor selbst die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften an Bedeutung. Eine eigenverantwortliche Tarifpolitik war fast nur mehr im handwerklich–kleinbetrieblichen Sektor fest verankert, während ansonsten die staatliche Intervention zum Regelfall wurde. In den Augen von Arbeitern und selbst Gewerkschaftsmitgliedern erschien damit nicht mehr ihre Führung, sondern der Staat als der eigentlich maßgebende Faktor im Verteilungskonflikt und letzte verantwortliche Instanz. Als mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit der demokratische Staat ins Wanken geriet, verlor auch diese Orientierung ihren Sinngehalt. Doch in der ökonomisch–sozialen Katastrophe der 30er Jahre klammerten sich die ausgezeherten, entmachteten Gewerkschaften selbst unter den autoritären Präsidialkabinetten an den Staat wie an einen letzten Rettungsring.

Leiparts Parolen, "weder den Mut noch die Ruhe zu verlieren" und "von Ohnmacht" nicht zu reden⁷¹, klangen wie tröstende Worte an einen Ertrinkenden. Niedergeschlagenheit und Lähmung machten sich von der Basis bis zur Führung und umgekehrt breit. Gewiß gibt es eindrucksvolle Zeugnisse und Beispiele zum Kampf bereiter Aktivisten, aber auch Zeichen und Belege für das genaue Gegenteil. Das dominierende Gefühl war allerdings eine tiefe Unsicherheit und Hilflosigkeit, die Führung wie Basis paralyisierte. In der Hoffnung auf bessere Zeiten versuchte die Führung, wenigstens den Kern der Organisationen zu bewahren und sich durchzulavieren. Mit ihren halbherzigen Durchhalteparolen, die von der Basis wohl ebenso halbherzig aufgenommen und akzeptiert wurden, vermochte sie weder die Organisation zu retten noch ein letztes moralisches Signal zu geben.⁷²

So wirft die Zerstörung der Weimarer Republik auch ihren langen Schatten auf einen scheinbar so nüchternen Themenkreis wie den "zur Rekrutierung des gewerkschaftlichen Führungspersonals". Nur sollten wir nicht übersehen, daß Gewerkschaften von ihrer Natur her zunächst keine Kampforganisationen zur Verteidigung der Demokratie, sondern soziale Interessenvertretungen der Arbeitnehmer zur Erringung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen waren. Daran wurde ihre Führung vor allem gemessen und daran orientierten sich auch die Rekrutierung und Auswahl des Führungspersonals. Die komplexen, vielschichtigen Ansätze zu Veränderungen in der Weimarer Zeit unter einer längerfristigen Perspektive zu untersuchen, wäre sicher eine lohnende, allerdings auch arbeitsintensive Forschungsaufgabe. Dieser Beitrag konnte nur einige Felder benennen, die dafür aus meiner Kenntnis und Sicht relevant zu sein scheinen.

Anmerkungen

- 1 Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 2.8.1914, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919, bearb. von Klaus Schönhoven, Köln, 1985, S. 74–85, hier S. 83; vgl. auch schon Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, Stuttgart ²1922, S. 24.
- 2 Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften (edition suhrkamp), Frankfurt/M. 1987, S. 106.
- 3 Zum Vorstehenden vgl. bes. Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat, Militär in Deutschland 1914–1920, 2 Bde., Hamburg 1981, Bd. 1, S. 441 ff; Dirk H. Müller, Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1918, Berlin 1985, S. 285 ff.
- 4 Dazu bes. Manfred Dörnemann, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der November-Revolution 1918 bis zum

- Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch – westfälischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreichs, Phil. Diss. Bochum 1966. Für die chemische Industrie vgl. die Untersuchung von Dieter Schiffmann, Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei der BASF 1918 – 1924, Frankfurt/M. – New York 1983.
- 5 Die vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart vom 13. bis 23. Oktober 1919, S. 291 ff., 362 und 368; zum Zusammenhang vgl. Fritz Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover – Frankfurt/M. 1957; Lothar Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1919 – 1924, Hannover 1981, S. 36 ff.
- 6 Zum Zusammenhang Gerhard Laubscher, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918 – 1923, Frankfurt 1979; Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979, S. 69 ff. und 85 ff.; Günther Högl, Gewerkschaften und USPD von 1916 – 1922. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes, Phil. Diss. München 1982.
- 7 Vgl. neben dem DMV auch den Kürschnerverband; dazu Anm. 31.
- 8 Zu ihm vgl. die Einleitung in Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Bauer 21. Juni bis 27. März 1920, bearb. von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1980.
- 9 Otto Braun, ursprünglich Buchdrucker, war vor 1918 führend in der Landarbeiterbewegung. Zu seiner Biographie siehe Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/M. 1977.
- 10 Wichtige Quellen dafür sind die Geschäftsberichte der Ortskartelle und Ortsausschüsse.
- 11 Bezeichnend dafür war, daß sich der Bundesausschuß des ADGB 1920 einer Rückkehr Bauers in den Bundesvorstand versagte; Bundesausschuß 17./18.8.1920, in Quellen (siehe Anm. 1) Bd. 2: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919 – 1923, bearb. von Michael Ruck, Köln 1985, S. 209.
- 12 Zu dem betreffenden Beschluß vgl. Bundesausschuß 6.7.1919, in: Quellen, Bd. 2 (wie Anm. 11), S. 75 f.
- 13 Zahlen und Analysen zur Entwicklung der Mitgliederzahlen bei Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften 1918 – 1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 42 ff. und 348 ff.
- 14 Für die Christlichen siehe Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1874 – 1933, Bonn 1982, S. 366, 452, 492 und 768 ff.; für die anderen Bünde und Verbände ist die wichtigste Quelle das Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich, hrsg. vom Reichsamte für Arbeitsvermittlung, 25., 30. und 52. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Berlin 1922/1925/1930; für die Grunddaten vgl. Sozialgeschichtliches Arbeits-

- buch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshausen, Anselm Faust, München 1978, S. 111 ff.
- 15 Vgl. Klaus Schönhoven, Innerorganisatorische Probleme der Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftszeitung, Reprint, 43. Jg. Berlin–Bonn 1983, Anhang S. 73–104, hier S. 82 und 104.
- 16 Belege dazu u.a. bei Gisela Losseff–Tillmanns, Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978, S. 356 ff. sowie in Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1919, S. 211 f.
- 17 Gertrud Hanna (1876–1944) gehörte wie Luise Kähler (1864–1944) von den Hausangestellten in Weimar auch dem Preußischen Landtag an.
- 18 Vgl. das treffende Urteil von Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 160.
- 19 Vgl. den Beitrag von Klaus Schönhoven in: Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven, Michael Schneider, Detlef J.K. Peukert, Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hrsg. von Ulrich Borsdorf, Köln 1987, S. 231.
- 20 Ulrich Borsdorf, Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: ders. u.a., Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 11–41; siehe ferner Gerhard Beier, Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie, zuerst in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.–Köln 1976, S. 9–71; Wiederabdruck in: ders., Geschichte und Gewerkschaft, Frankfurt/M. 1981, S. 118–180. Für die Zeit nach 1945 liegen mehrere Studien vor: Wilfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen, Berlin, 1976; allerdings beschränkt sie sich auf nur 89 Spitzenfunktionäre. Reinhard Jühe, Soziale Herkunft und Aufstieg von Gewerkschaftsfunktionären, Köln 1977, befaßte sich mit 267 Funktionären; vgl. auch neuerdings Hartmut Grewe, Horst–Udo Niedenhoff, Manfred Wilke, Funktionärskarrieren im DGB. Zum Generationswechsel an der Spitze der DGB–Gewerkschaften (Konrad–Adenauer–Stiftung Forschungsbericht 67), St. Augustin Dez. 1988.
- 21 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenwesens (Neudruck der 2. Aufl. von 1925), Stuttgart 1957.
- 22 Wie Anm. 19.
- 23 Vgl. dazu Bieber (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 300 ff.
- 24 Einen Hinweis darauf gibt die Zahl der hauptamtlichen Angestellten bei den sog. Gewerkschaftskartellen, d.h. den regionalen Zusammenschlüssen entsprechender Verbandseinheiten. Sie stieg von 154 im Jahre 1910 über 155 (1917) auf 178 im Jahre 1918. Statistische Beilage des Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 1 vom 26.7.1919: Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1918.

- 25 Ulrich Borsdorf, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982, S. 344 und 349.
- 26 Beim DMV eine Reduktion um etwa 35 Prozent. Vgl. die vorherige Anm. – Den Außenbeamten des Bundes, darunter auch den gerade erst eingestellten Bezirkssekretären, wurde zum Jahresende 1923 gekündigt. Jahrbuch 1923 (wie in Anm. 16), S. 188.
- 27 Zahlen in Jahrbuch 1929 (wie Anm. 16), Berlin 1930, S. 247 und 250; Jahrbuch 1930, Berlin 1931, S. 248; Jahrbuch 1931, Berlin 1932, S. 190.
- 28 Aufschlüsselungen über die personellen Veränderungen des Bundesvorstandes finden sich bei Borsdorf, Deutsche Gewerkschaftsführer (wie Anm. 20); ferner bei Salomon Schwarz, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse (Kongresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Berlin 1930, S. 203 ff.
- 29 Zu seiner Biographie vgl. den Nachruf in Gewerkschafts-Zeitung Nr. 4 vom 23.1.1932, S. 49 f.
- 30 Zu Umbreit vgl. den Nachruf in Gewerkschafts-Zeitung Nr. 13 vom 26.3.1933, S. 193 ff. Zu Leuschner vgl. Joachim G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962.
- 31 Vgl. dazu Generalversammlung Metallarbeiterverband 1919 (wie Anm. 5), S. 362 ff. In dem kleinen Kürschnerverband war schon während der Kriegszeit ein solcher Wechsel erfolgt. Auf der außerordentlichen Generalversammlung am 26.2.1918 wurde der vergleichsweise junge Wilhelm Bärwinkel (geb. 1880) zum neuen Vorsitzenden gewählt; vgl. dazu Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919, S. 211, 320 f., 361 f. und 391.; Correspondenzblatt (wie Anm. 24), Nr. 19 vom 11. Mai 1918, S. 110; Paul Merker, Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920, Berlin (Ost) 1949, S. 195 ff.
- 32 Zu Göring vgl. Wegbereiter. 32 Porträtskizzen, hrsg. von Heinz Deutschland und Ernst Egon Lange, Berlin (Ost) ²1988, S. 44 ff. und 443 f.
- 33 Zum AfA-Bund vgl. Siegfried Aufhäuser, Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung, in: Schriften des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Heft 3, 1920; Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde, Bd. 1, Berlin 1931, S. 31 ff.; ferner Angestelltenbewegung 1921–1925, dto. 1925 bis 1928 und 1928 bis 1931, Berlin 1925/28/31.
- 34 Zum Vorstehenden Schneider, Christliche Gewerkschaften (wie Anm. 14), S. 474, 478 f., 492 und 495.
- 35 Zur Entwicklung der Tarifverträge siehe die entsprechenden Abschnitte in den Jahrbüchern des ADGB 1924 ff.; Reichsarbeitsblatt 47. Sonderheft 1928; ferner Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, Tübingen ⁶1954, S. 299; sowie Georg Flatow, Zur Statistik des kollektiven Arbeitsrechts, in: Die Arbeit, 6. Jg. 1929 und Fritz Tarnow, ebd., S. 10 f.; Gewerkschafts-Zeitung Nr. 42 vom 19. Okt. 1929, S. 657 ff.
- 36 Nach Jahrbuch ADGB (wie Anm. 16) 1929, S. 250, 1930, S. 248 und 1931, S. 190. Einen besonders großen Anteil stellten davon der

- Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und der Bergarbeiterverband (1930 386 bzw. 204), die ihren Bezirken Verwaltungsaufgaben zuwiesen, die bei anderen Verbänden durch Ortsverwaltungen erledigt wurden.
- 37 Vgl. dazu u.a. Quellen 2 (wie Anm. 11), S. 376 ff., 441 ff. und 663; Schwarz, Gewerkschaftskongresse (wie Anm. 28), S. 61 ff.; Jahrbuch ADGB (wie Anm. 16) 1922, S. 108 ff.; 1926, S. 166 ff.; 1927, S. 276 f.; 1928, S. 212, 319; 1931, S. 316 f.; Potthoff, Freie Gewerkschaften (wie Anm. 13), S. 36 f., 340 ff. und 350 f.
- 38 Schneider, Christliche Gewerkschaften (wie Anm. 14), S. 475.
- 39 Zu Meyers Rolle vgl. Michael Ruck, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986, bes. S. 155 ff.
- 40 Zu Böcklers Berufung und Tätigkeit vgl. Borsdorf, Hans Böckler (wie Anm. 25), S. 239 ff. – Der bisherige Bezirksleiter Meyer war zum Polizeipräsidenten von Duisburg berufen worden.
- 41 Vgl. Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980; auch ders., in Geschichte der deutschen Gewerkschaften (wie Anm. 19), S. 231 f.
- 42 Vgl. Potthoff, Gewerkschaften (wie Anm. 6), S. 72 ff., 85 f. und 92.
- 43 In den Kleinbetrieben wurden dagegen in den späteren Jahren langfristig oft gar keine Betriebsräte bzw. Betriebsobmänner gewählt; vgl. Potthoff, Freie Gewerkschaften (wie Anm. 13), S. 164 und die dort angegebenen Belege; ferner Hans O. Hemmer, Betriebsräte in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Politik (wie Anm. 20), S. 254 ff.
- 44 Jahrbuch ADGB (wie Anm. 16) 1924, S. 101; Protokoll des Verbandstages des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. (1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten zu Leipzig vom 19. bis 24. Juni 1922, Berlin 1922, S. 34 f. und 434; Klaus Koopmann, Gewerkschaftliche Vertrauensleute. Darstellung und kritische Analyse ihrer Entwicklung und Bedeutung von den Anfängen bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und der Industriegewerkschaft Metall (IGM), 2 Bde., München 1975, Bd. 1 S. 25 ff., 297 f und 300 f.
- 45 Zum Zusammenhang vgl. bes. Dieter Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXII. Bd. 1982, S. 359–402, bes. S. 378; ders., Kompetenzerweiterung und Bildung. Zur Bedeutung der Bildungsarbeit für die Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Gewerkschafts-Zeitung, 34. Jg. 1924, Reprint, Berlin – Bonn 1984, Einleitung S. 9–30. Einzelne gewerkschaftliche Unterrichtskurse fanden unter der Regie der Generalkommission seit 1906 statt. Vgl. Quellen, Bd. 1 (wie Anm. 1), S. 40.
- 46 Neben den genannten Aufsätzen von Langewiesche vgl. auch den Artikel von V. Hartig, Der Funktionär und seine Schulung, in: Die Arbeit, 4. Jg. 1927, S. 619–629 sowie entsprechende Hinweise in den Jahrbüchern des ADGB; ferner Otto Antrick, Die Akademie der Arbeit an der Univer-

- sität Frankfurt. Ideen, Werden, Gestalt, Frankfurt/M. 1966. Ein reichhaltiges Material bes. zu Tinz gibt es in den Restakten des ADGB, die bei der Historischen Kommission zu Berlin verwahrt werden.
- 47 Vgl. Wegbereiter (wie Anm. 32), S. 79 und 452.
- 48 Zahlen nach Jahrbuch des ADGB (wie Anm. 16) 1928, S. 171; 1929, S. 267 und 1930, S. 262.
- 49 Zu Schulen der Einzelgewerkschaften vgl. Gewerkschafts-Zeitung Nr. 13 vom 29.3.1930, S. 196 ff.
- 50 Charakteristisch dafür etwa die Professoren Heinrich Herkner und Ferdinand Tönnies, in: Der Arbeitgeber 1923, S. 34 f. und 113 ff.; 1924, S. 73 ff.; vgl. dazu auch Leipart in Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, Berlin 1925, S. 113.
- 51 Vgl. die Übersicht in Quellen (wie Anm. 1), Bd. 3: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924-1930, 2 Hbde., bearb. von Horst-A. Kukuck und Dieter Schiffmann, Köln 1986, 3/I, S. 64 f. Biographisches über sie: Wladimir Woytinsky, Stormy Passage, New York 1961; Richard Seidel, In Memoriam Lothar Erdmann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, 1950, S. 1-6.
- 52 Das zeigte sich u.a. in den wirtschaftspolitischen Artikeln der Gewerkschafts-Zeitung.
- 53 Tarnow war seit 1919 Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes; vgl. die biographische Skizze in Gerhard Beier, Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter. Von August Bebel bis Theodor Thomas, Köln 1983, S. 198-202.
- 54 Am ausführlichsten dazu Potthoff, Gewerkschaften (wie Anm. 6), S. 102 ff. und 123 ff. und Schneider, Christliche Gewerkschaften (wie Anm. 14), S. 497 ff.
- 55 Dazu vor allem Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963 (Bonn-Bad Godesberg ²1976); ferner ders., Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution von 1918 (Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen), Frankfurt/M. o.J.; ferner die Arbeiten von Opel, Metallarbeiterverband (wie Anm. 5), Dörnemann, Bergarbeiterverband (wie Anm. 4) und Koopmann, Vertrauensleute (wie Anm. 44), S. 268 ff.
- 56 Die Angaben über die Zahlen der ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Funktionäre inklusive der Betriebsräte gehen weit auseinander. Sie reichen von 200.000 bis zu einer halben Million allein für den ADGB. - Die Hauptursache für diese Divergenz liegt darin, daß die Zahl der insgesamt gewählten Betriebsräte infolge von Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Desinteresse erheblich schwankte.
- 57 Im gesamten Sektor von Industrie und Handwerk wiesen Eisen- und Stahlerzeugung und Bergbau, obwohl in beiden fast ausschließlich Männer beschäftigt wurden, ab Mitte der 20er Jahre die niedrigsten

- Organisationsquoten auf; nähere Angaben dazu bei Potthoff, Freie Gewerkschaften (wie Anm. 13), S. 54 f., 57 f., 366 f. und 370 f.
- 58 Gewerkschaftskongreß 1922 (wie Anm. 44.), S. 503 ff., 534 f und 559; Schwarz, Gewerkschaftskongresse (wie Anm. 28), S. 285 f. und 290 ff.; Robert Dißmann, Berufsorganisation oder Industrieverbände, in: Die Arbeit, 2. Jg. 1925, S. 257 ff. und 339 ff.; für die Gegenposition Fritz Tarnow, Das Organisationsproblem, ebd., S. 152 ff.
- 59 Dißmann war 1926 gestorben. Eine Würdigung seiner Tätigkeit im DMV in Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild. Hrsg. IG Metall, Frankfurt/M. 1966. Zu seiner Person und dem Umfeld vgl. auch die Erinnerungen seiner Kampf- und Lebensgefährtin Toni Sender, Autobiographie einer deutschen Rebellin, Frankfurt/M. 1981 (Original: The autobiography of a German Rebel, New York 1939).
- 60 Zu Stegerwald vgl. Josef Deutz, Adam Stegerwald. Gewerkschafter, Politiker, Minister 1874–1945, Köln 1952; Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald. Gewerkschafter und Politiker der ersten deutschen Republik, Recklinghausen 1966.
- 61 Zur Biographie Legiens siehe Theodor Leipart, Carl Legien. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929 (Reprint mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter, Köln 1981).
- 62 Vgl. dazu mit Belegen Potthoff, Gewerkschaften (wie Anm. 6), S. 134.
- 63 Vgl. etwa das Urteil von Otto Wels in Verhandlungen vom 19.3.1920 in Nachlaß Südekum 21, Bundesarchiv Koblenz; abgedr. in Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgewählt und bearbeitet von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde., Glashütten/Ts. 1971, I, S. 195 ff.
- 64 Eine Biographie Leiparts ist ein Desiderat der Forschung.
- 65 So leitete Leipart auch die in der Vorständekonferenz vom 1./2.2.1919 eingesetzte Programmkommission, die die Richtlinien "für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften" und die "Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte" erarbeiten sollte; vgl. dazu Quellen 1 (wie Anm. 1), S. 606–755; Potthoff, Gewerkschaften (wie Anm. 6), S. 104 ff. und 135 ff.
- 66 Zu letzterem vgl. die Porträtskizze von Heinz Deutschland, in: Wegbereiter (wie Anm. 32), S. 260–272.
- 67 Zu den politischen Machtverschiebungen im Gefolge des Kapp-Putsches vgl. die Ergebnisse der Studie von Johannes Erger, der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967, bes. S. 300 ff.
- 68 Protokoll des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (wie Anm. 50), S. 231.
- 69 Vgl. dazu das Urteil von Hans Gottfurcht, Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Vergangenheit. Gegenwart. Zukunft. Auszug in Frank Deppe/Wittich Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981, S. 289–297, bes. S. 293.

- 70 Zum Schlichtungssystem vgl. bes. Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik, Berlin 1967.
- 71 Protokolle der Sitzungen des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1929-1931 (als Manuskript gedruckt). So in Bundesausschuß 16.7.1931, S. 272; ähnlich auch in der Bundesvorstandssitzung vom 2.3.1932, abgedr. in Deppe/Roßmann (wie Anm. 68), S. 152-157.
- 72 Zum Vorstehenden vgl. Helga Grebing, Flucht vor Hitler? Historische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4/5 vom 29.1.1983; dieselbe in: Ernst Breit (Hrsg.), Aufstieg des Nationalsozialismus. Untergang der Republik. Zerschlagung der Gewerkschaften, Köln 1984, S. 95 ff., bes. S. 100.